

---

# Vorwort

Günter Buchstab

Die bevorstehende Erweiterung der Europäischen Union um die mittel-, ost- und südosteuropäischen Länder ist ein zentrales Thema der europapolitischen Diskussion. Diese Erweiterung wird die EU erheblich verändern und sie politisch, sozial, kulturell und ökonomisch heterogener machen. In Teilen der Öffentlichkeit trifft dieser Erweiterungsprozess auf Besorgnisse, ja auf Skepsis, weil er als Risiko für die bisherigen Strukturen angesehen wird. Sorgen bestehen auch hinsichtlich der zu erwartenden erheblichen Kosten, die der Anpassungsprozess verursachen dürfte. Wenn nicht alles täuscht, so haben sich nicht nur bei einigen Beitrittskandidaten, sondern auch in den integrierten Ländern Zweifel am Nutzen weiterer EU-Mitglieder eingestellt; die anfängliche Euphorie scheint einer gewissen Skepsis gewichen zu sein, zumal die Einbindung in die EU verbunden ist mit einer Absage an eine ausschließlich nationalstaatliche Orientierung dieser Länder, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks in den Jahren 1989/90 erst ihre Eigenständigkeit wiedererlangt haben.

Andererseits werden neben erheblichen Problemen, die die Erweiterung zwangsläufig mit sich bringt, auch große Chancen gesehen. Frieden, Stabilität und Wohlstand für immer größere Teile Europas zu schaffen und zu sichern sowie das eigene Gewicht Europas als eigenständiger Akteur im weltpolitischen Geschehen zu vergrößern, werden auf der Habenseite erwartet.

Doch fragt sich, ob die EU in ihrer derzeitigen Verfasstheit ausreichend auf die Aufnahme weiterer Mitglieds-

staaten vorbereitet ist. Wird ihre Integrationskraft, die schon heute durch die Ausweitung der letzten Jahre strapaziert scheint, durch die zusätzliche Aufnahme von zehn Ländern nicht überfordert? Hat sie sich nicht mit ihrem Bestreben übernommen, die Integration zu vertiefen und gleichzeitig die Union nochmals um viele Staaten zu erweitern?

Angesichts der bevorstehenden Erweiterung der EU um die mittelosteuropäischen Staaten richten sich die Blicke nicht zuletzt auf die Transformationsländer selbst, die mit den unübersehbaren politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Konsequenzen der 45 Jahre währenden kommunistischen Herrschaft und Zentralverwaltungswirtschaft zu kämpfen haben. Wer sind die gestaltenden politischen Kräfte in den Beitrittsländern? Welche politischen Parteien, Bewegungen und Ideenkreise nehmen auf den Veränderungs- und Erneuerungsprozess in diesen Ländern Einfluss? Auf welche politisch-historischen Erfahrungen und theoretischen Vorbilder blicken die politischen Bewegungen und Parteien zurück?

Mit ihrer wissenschaftlichen Tagung, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (Mönchengladbach) und dem Zentrum für Europäische Integrationsforschung (Bonn) vom 7. bis 10. November 2002 in Budapest durchgeführt hat, haben sich die Veranstalter das Ziel gesetzt, vor allem die christlich-demokratischen und christlich-sozialen Ideenkreise und Bewegungen in den mittelosteuropäischen Ländern zu analysieren, zugleich aber auch die Frage nach den historischen Voraussetzungen und dem gegenwärtigen Standort der C-Parteien in der Europäischen Union darzustellen.

Im Mittelpunkt stand die Überlegung, dass für den Zusammenhalt und die weitere Entwicklung der europäischen Integration nicht allein politische und wirtschaftli-

che Interessen maßgeblich sind, sondern dass es auch auf die Besinnung auf gemeinsame Grundwerte ankommt. Diese Grundwerte beruhen ganz wesentlich auf der historischen und kulturellen Prägekraft des Christentums. In der Endphase des kommunistischen Herrschaftssystems hatte in den Beitrittsländern die Rückbesinnung auf jene Werte und Normen, die Kirche und Christentum verkörpern, Konjunktur; damit waren zunächst auch hohe Erwartungen an die Kirchen und ihre gesellschaftliche Orientierungsfunktion verbunden. Ihre herausragende Rolle in der Phase der Opposition gegen die kommunistischen Regime und im beginnenden Transformationsprozess war unübersehbar. Inzwischen hat jedoch die prägende Kraft von Religion und Kirche auch in den Transformationsländern spürbar nachgelassen. Die Zahl der Kirchenmitglieder und Gottesdienstbesucher, die Anfang der 1990er Jahre angestiegen war, ist wieder wesentlich zurückgegangen. Offensichtlich zeigen sich hier Einstellungsmuster, die aus dem westlichen Europa bekannt sind. Hier wie dort scheinen die Bürger eine tatsächliche oder vermutete Einflussnahme der Kirchen auf die Politik, auf die Regierungen oder auf die Wahlentscheidungen mehrheitlich abzulehnen.

Diese Tendenz blieb nicht ohne Auswirkungen auf die christlich-demokratischen Parteien, die in der Zeit des politischen und sozialen Umbruchs zunächst großen Zuspruch erfahren hatten. Ihre Kirchennähe zahlte sich nicht aus, im Gegenteil: Sie scheint ihr politisches Handeln sogar eher zu delegitimieren. Offenbar ist es den christlich-demokratischen Parteien nicht gelungen, im Geflecht von Religion, Politik, Moral und Recht die Voraussetzungen dafür zu schaffen, einen eigenen, unverwechselbaren Standort zu finden, der auf breite Wählerakzeptanz stößt.

Eine zentrale Rolle bei der Konzeption und bei der Durchsetzung des Europagedankens nach dem Zweiten Weltkrieg spielte die westeuropäische christlich-demokratische Bewe-

gung. Verbot und Auflösung durch die kommunistische Staatsmacht hinderten die christlichen Parteien der mitteleuropäischen Staaten nach hoffnungsvollen Ansätzen in den Nouvelles Équipes Internationales (NEI), an diesem Prozess teilzunehmen. In allen sechs Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaften (Montanunion, EWG und Euratom) spielten die C-Parteien eine maßgebliche, in Deutschland und Italien lange Zeit sogar eine dominante politische Rolle. Als ihre Protagonisten sind vor allem Konrad Adenauer, Robert Schuman und Alcide de Gasperi, nicht zuletzt auch Helmut Kohl – dem neben Jean Monnet bisher einzigen „Ehrenbürger Europas“ – zu nennen, die einen starken Einfluss auf den Integrationsprozess ausübten. Getragen waren sie vom Bewusstsein historischer und geistiger Gemeinsamkeit und Eigenart des abendländischen Kulturkreises. Die christlich-abendländische Idee bzw. der Europagedanke wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit – nicht zuletzt auch in Abgrenzung zum kommunistischen Materialismus – zu einem Leitbegriff politischer Orientierung. Die Idee eines paneuropäischen Zusammenschlusses christlich-demokratischer Parteien, in Deutschland vor allem auf der Basis der Interkonfessionalität, war bereits 1920 vom Gründer des Partito Popolare Italiano, Don Luigi Sturzo, angeregt worden, um nach dem Ersten Weltkrieg die Befriedung und Versöhnung der Völker und ein europäisches Bewusstsein zu fördern.

Die Erforschung der christlich-demokratischen Traditionen, ihrer geschichtlichen Wurzeln wie ihrer Wirksamkeit im nationalen und europäischen Rahmen ist in den westlichen Ländern weit fortgeschritten. In den mitteleuropäischen Staaten hingegen war diese Forschung bis vor wenigen Jahren nicht möglich. Heute stellt sich nun die Frage, ob und in welcher Weise es auch in diesen Ländern Ansätze und Anknüpfungspunkte im christlich-demokratischen Werte- und Ideenspektrum gibt, die in der politi-

schen Realität Mittel-, Süd- und Osteuropas für die zukünftige politische Entwicklung wirksam werden können und die gleichzeitig das gemeinsame europäische Bewusstsein auch in diesen Ländern und Regionen fördern.

Worin bestehen die Voraussetzungen und Bedingungen für Erfolge, aber auch Misserfolge christlich-demokratischer Politik? Worin liegen die Gründe für aktuelle krisenhafte Erscheinungen? Diese Fragen wurden in Budapest von ausgewiesenen Fachleuten erörtert. Ihre Bestandsaufnahmen sind in überarbeiteter Form in diesem Band zusammengefasst.

